

Der Volksfreund

Wochenschrift für die Deutschen Polens in Stadt und Land.

Nr. 27.

Samstag, den 2. Juli 1922.

4. Jahrgang

Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“ m. b. H.
Betzlauner Straße Nr. 86. Geldsendungen und Zuschriften sind an den Verlag zu richten.

Verantwortlicher Schriftleiter: Ludwig Wolff, Obankstraße Nr. 112.
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Bezugspreis mit Postzustellung 300 Mk. vierteljährlich f. Deutschland R. M. 30. — Anzeigenpreis: für die sechsgespaltene Kleinzeile Mk. 60. — für Deutschland R. M. 6 —

Für unsere Sprache.

Doch wahrer als der Blick des Auges kündet
Des Menschen Eigenart der Stimme Klang.
Es kann das Auge täuschen, nicht die Stimme!
Sie drückt den tiefsten Kern des Wesens aus,
Und Volkes Stimme, — das ist Volkes Sprache.
Sie kündet wahrer, unverfälschter
Als Aug' und Haar und Antlitz und Gestalt
Des Volkes Seele. — Weh darum dem Volk
Das seiner Sprache Heiligtum nicht ehrt
Und liebt und schützt und pflegt mit frommer
Treue.
Kein Splitter unsers Volkstums ist verloren,
Kein Haus und keine Hütte noch so fern,
Darin noch deutsch das Vaterland tönt.
So schützt die deutsche Sprache überall,
Ihr schützt damit zugleich die eigene Seele.
Die Sprache zieht mit uns im Schiff durchs blaue
Meer
Und baut, wo immer ihre Schöne klingt,
Uns sieghaft eine deutsche Welt.

Felix Dahn, 1892.

Das Ergebnis.

Der Ausgang der Wahlen zur entscheidenden Synode hat Freund und Feind überrascht. Nun liegt es klar auf der Hand, wie neun Zehntel unserer evangelisch-lutherischen Gemeinden Kongress polens gestimmt sind. Etwa 70 Synodale deutscher Richtung zählen wir auf der Synode, immerhin ein ansehnliches „Häuflein Agitatoren“, wie es uns immer wieder von den Gegnern vorgeworfen wurde.

Zu Ende ist nun ein wichtiger Abschnitt unserer Kirchengeschichte, vor der ganzen Welt haben unsere lieben Glaubens- und Volksgenossen ein überwältigendes Zeugnis ihrer Liebe und Treue zur Lehre und Sprache Luthers abgelegt. Klar und offen liegen die Tatsachen vor uns. Es hilft kein ohnmächtiges Schreien, kein gekünsteltes Händeringen der Bischöflichen: unser Volk hat gesprochen: in aller Treue hängt es am lutherischen Glauben und der deutschen Muttersprache. „Und wenn die Welt voll Teufel wär und wollt' uns gar verschlingen . . .“, unsere heiligsten Güter lassen wir uns nicht rauben, es komme, was da wolle.

Gott, dem Allmächtigen, der uns mit seiner Hilfe so treu zur Seite stand, gebührt in erster

Reihe innigster Dank und Verehrung. (Psalm 25) Er wird uns auch weiterhin mit Seinem Beistand im harten Kampf nicht verlassen. Denn das laßt uns gesagt sein: der Kampf ist nicht zu Ende — er hat eigentlich mit ganzer Wucht und Schärfe begonnen.

Die vier Tage, die unsere Synodalen in Warschau verbrachten, waren voll entschiedenen Kampfes. Die Gegensätze der beiden Parteien traten ungeschminkt zum Vorschein. Auf und ab wogten die erhitzten Gemüter. Und Sieger blieb keine der Parteien. Die Entscheidung ist nicht gefallen. Umso bestimmter und fester in ihren Grundansätzen und Gesinnungen, tiefer in den mal gefaßten Beschlüssen wurden auf beiden Seiten die Synodalen.

Viel redliches Bemühen wurde zur Schlichtung der Gegensätze, zur Überbrückung der völkischen Kluft an den Tag gebracht. Unter Preisgabe von augenblicklichen Erfolgen, von schwerwiegenden Einwänden strebte man auf beiden Seiten einem ehrlichen Frieden entgegen. Leicht war diese Aufgabe keinesfalls. Nur zu oft fanden sich Anlässe, die zum Bruch hätten führen mögen, besonders die voll unbegründeten Verleumdungen völkischer Art strotzende Reden des Majors Ulrich. Es war tatsächlich ein „Öl ins Feuer gießen!“

Eine Zeit von sieben Wochen trennt uns gegenwärtig von der nochmaligen Zusammenkunft der Synode. Der aus Vertretern beider Parteien gewählte Ausschuss soll über eine Verschmelzung beider Gesetzesentwürfe, des „Lodzer“ und des „Warschauer“ beraten. In der Zwischenzeit wird man sich haben und drüben selbstverständlich nicht zur Ruhe begeben. Mit erneuter Kraft wird man an der Befestigung der mal gewonnenen Kampfesstellungen arbeiten. Und das mit Recht: Im Kampf zwischen den Gedanken der Freikirche und der Kirchenstaatserei ist für einen Augenblick eine Ruhepause eingetreten, die geschickt und würdig auszunützen unser aller unumgängliche Gewissenspflicht sein muß.

Wache Augen und scharfe Ohren, noch ist der Kampf nicht entschieden! L. H.

Die Verfassungegebende Synode der evang.-luth. Kirche in Polen.

(Fortsetzung des Berichts vom 1. Sitzungstage.)

Bereits am Montag, den 19. d. Mts., hatten sich viele geistlichen und weltlichen Synodalen in Warschau eingefunden. Am Dienstag vormittag versammelten sie sich im Konfirmandensaal der evangelisch-lutherischen Kirche, von wo aus sie sich kurz nach 10 Uhr in die festlich geschmückte Kirche begaben.

Nach der feierlichen Liturgie, die von Herrn Pastor S a d r i a n geleitet wurde, hielt Gene-

ralspräsident Pastor Bursche eine Predigt in deutscher Sprache. Seiner Predigt legte er die Worte der Schrift zugrunde: „Gott hat uns gegeben nicht den Geist der Furcht, sondern den Geist der Liebe, der Kraft und der Zucht.“

Pastor Bursche sprach über die Geschichte der evang.-lutherischen Kirche in Polen, wobei er von der Ausbreitung der Reformation im 16. Jahrhundert ausging. Die Früchte dieser Reformation gingen in Polen verloren, weil sich die Evangelischen untereinander beföhden. In späterer Zeit war es ein Fehler der Evangelischen, daß sie sich um Schutz an auswärtige Mächte wandten. Dies hatte die Teilung Polens zur Folge und ließ beim polnischen Volke einen Argwohn gegen alles Fremdstämmige und Fremdsprachige aufkommen. Von der evangelischen Lehre in Polen blieb nicht viel übrig. Erst die spätere Ansiedlung der ins Land berufenen Kolonisten und Handwerker brachte neues evangelisches Element ins Land. Wir sind die Nachkommen dieser deutschen Ansiedler. Wir gehören jedoch gar nicht zu denen, die unsere Abstammung verleugnen. Im Gegenteil, wir sind stolz darauf in unsere Vorfahren viel zum Wohlstande des Landes beigetragen haben. Wir sind mit diesem Lande eng verwachsen. Dieses Land ist uns teuer, und wir hoffen, daß das Evangelium tiefer Wurzeln in ihm fassen wird.

Pastor Bursche begrüßte die Synodalen als Baumeister der Kirche und hieß sie trotz der verschiedenen Meinungen alle willkommen. Schon lange ging ein Sehnen nach der Synode durch unser Volk. Dieses Sehnen konnte nun endlich gestillt werden. Leider bilden jedoch die Evangelischen kein einzig Volk von Brüdern. Wir sehen bei einem Teile Schmerz darüber, daß wir solch ein böses Beispiel der Uneinigkeit bieten, bei einem anderen Teile herrscht Bitterkeit, weil man aus der Kirche nicht eine völkische Institution machen will, die Sprache und Sitte pflegen soll. Ein großes Bangen und nagende Sorgen durchzieht unsere Herzen. Die Frage, was aus unserer Kirche werden wird, bewegt alle Gemüter. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die römisch-katholische Kirche bei uns eine große Macht besitzt. Uns droht von ihr große Gefahr, da sie uns immer als ihre abtrünnige Tochter ansieht. Das Allergrößte aber ist der Feind in unserer Mitte. Der Haß ist in die Kirche hineingetragen worden, sie ist der Schauplatz der wildesten nationalen Kämpfe geworden. Die evangelische Kirche hierzulande hat von Gott die hohe Aufgabe erhalten, die nationalen Gegensätze zu überbrücken. Wir müssen uns alle an die Quast schlagen, denn wir alle haben Fehler begangen. Gott gebe uns die rechte Kraft und die rechte Liebe, um alle Hindernisse zu überwinden. Nicht um deutsch, noch um polnisch soll es sich auf der Synode handeln, nicht um

diese oder jene äußeren Güter, sondern um das Evangelium Jesu Christi.

Die polnische Predigt des Senior Kulisch aus Teschen war von durchaus freibleibendem Geiste getragen und machte auf alle Anwesenden einen guten Eindruck.

Der Jugendverein ließ es sich nicht nehmen, den Gottesdienst durch Gesang in polnischer und deutscher Sprache zu verschönern.

Hervorzuheben ist, daß das Interesse der Jaroschauer evangelischen Gemeinde für diese hochbedeutungsvolle Feier sehr gering war. Das Mittelschiff der Kirche wurde von den Synodalen eingenommen, die Seitensplätze dagegen waren von Gemeindegliedern nur ganz schwach besetzt und wiesen eine für uns-Lodzer unerklärliche Leere auf. Bei uns wäre die Kirche aus solchem Anlaß sicher gedrängt voll gewesen.

Nachmittags versammelten sich die Synodalen zur ersten Sitzung wiederum in der Kirche. Um 3 50 Uhr eröffnete Generalsuperintendent Bursche die Synode mit einem Gebet in polnischer Sprache. Am Präsidiumstische hatten zu beiden Seiten des Generalsuperintendenten der Vizeminister für Kultur und Volksaufklärung Popuschnski sowie der Präses des Konsistoriums Jakob Glasz Platz genommen.

Generalsuperintendent Bursche (polnisch): Durch den Sejmbeschluß vom 27. April d. J. ist die Synode einberufen und deren Zusammenlegung festgelegt worden. Zum erstenmal seit langer Zeit sind neben den Pastoren auch Laiendelegierte an den Beratungen beteiligt. Die Synode besteht aus 208 Delegierten, davon sind 190 anwesend. Die Synode ist also rechtskräftig. Es freut mich, den Vizeminister für Kultur und Volksaufklärung in unserer Mitte begrüßen zu können.

Vizeminister Popuschnski (polnisch): Es ist dies für die evang. augsburgische Kirche Polens ein wichtiger Augenblick. Ich begrüße in dieser feierlichen Stunde die geistlichen und weltlichen Synodalen und wünsche Ihnen fruchtbringende Arbeit. Die Konstitution unseres Staates, in der sich der Geist der Freiheit und der Toleranz des polnischen Volkes kristallisiert hat, verbürgt der evangelischen Kirche volle Freiheit der Entwicklung. Sie, meine Herren, sind hier zusammengekommen, um die Grundgesetze Ihrer Kirche auszuarbeiten, und diesen Gesetzen wird gemäß Art. 115 der Verfassung der Staat seine Anerkennung nicht verweigern, sofern sie zu den Staatsgesetzen nicht in Widerspruch stehen. Meine Anwesenheit auf dieser Synode sei Ihnen der Beweis des freundlichen Verhältnisses der Regierung zur evang.-augsburgischen Kirche. Die Regierung hegt die Hoffnung, daß diese Kirche einen Faktor des Friedens und der Ordnung im polnischen Staate bilden werde.

Generalsuperintendent Bursche: Der erste Punkt der Tagesordnung betrifft die Wahl des Vorsitzenden. Bevor wir jedoch zur Erledigung dieses Punktes schreiten, fühle ich mich veranlaßt, als derjenige, der an der Spitze der Kirche steht, einiges über das zu sagen, was zu den letzten traurigen Vorfällen in der Kirche Anlaß gegeben hat. Wahlen bringen zwar immer Kampf mit sich. In letzter Zeit aber wurde gegen das Konsistorium eine Agitation betrieben, die in der Auswahl der Mittel vor nichts zurückschreckte. Vor mir liegt ein Aufruf des Wahlausschusses der Ausführungskommission und der Mitglieder der Kirchenkollegien. Dieser Aufruf wurde im ganzen Lande verbreitet und richtet gegen mich und das Konsistorium die schwersten Beschuldigungen. Ich protestiere ernst und feierlich gegen alle Insinuationen. In diesem Aufruf ist kein Wort Wahrheit, was aber scheinbar richtig ist, ist in Wirklichkeit eine Entstellung der Wahrheit. Es wird uns vorgeworfen, wir hätten die Politik in die Kirche hineingetragen. Was heißt das eigentlich?

Jede Kirche muß doch eine gewisse politische Stellung einnehmen, sie kann staatsfreundlich sein oder staatsfeindlich. Wir sind jedoch dagegen, daß in unserer Kirche das Losungswort „hie polnisch“ und „hie deutsch“ erklingt; das Evangelium soll unsere einzige Losung sein. Wir haben keine Politik in die Kirche hineingetragen. Die Politik ist durch eine unwürdige Agitation hineingetragen worden. Ich habe jedoch nie behauptet, daß es ausländische Agitation gewesen sei, sondern die Agitation innerhalb unserer Kirche. Das Konsistorium will niemandem die deutsche Sprache rauben. Von einem Polonisieren kann gar keine Rede sein, und dennoch bedient sich die Agitation dieser Beschuldigung. Ich aber habe Beweis dafür, wer diese Agitation gebraucht. Man schiebt mir verschiedene Äußerungen unter, die ich gar nicht getan habe. Es ist vieles unter meinem Namen herausgegangen, was ich gar nicht unterschrieben habe. Ich bin jedoch kein Mensch, der da meint, ohne Fehler dazustehen. Wer wirkt und arbeitet, macht auch Fehler. Das aber, was mir in diesem Aufruf vorgeworfen wird, ist nicht wahr. Was die Schulen und die theologische Fakultät anbelangt, haben wir keinen falschen Schritt getan. Worin besteht eigentlich der Unterschied zwischen uns? Sie wollen eine deutsche Kirche, während wir eine evangelische Kirche wollen. Es ist nicht der Fall, daß der eine Teil das Deutsche unterdrücken will. Das glauben Sie ja selber nicht, meine Herren. (Spickermann: Das glauben wir). Die Reibereien zwischen uns müssen aus der Welt geschafft werden. Wir müssen eine friedliche Entwicklung im Zusammenhang mit der polnischen Bevölkerung des Landes anstreben. Wir wollen nicht, daß sich die Ereignisse des 18. Jahrhunderts wiederholen sollen. Wir wollen keine ausländische Hilfe für uns, denn niemals kann vom Auslande etwas geschützt werden. Wir müssen unsere Rechte auf Grund der Gesetze unseres Staates wahren. Die Art des Kampfes aber, wie sie die „Lodzer freie Presse“ und der „Volksfreund“ führt, muß dahin führen, daß wir uns mit dem Staat und dem polnischen Volke ständig in den Haaren liegen. Wir sind zu dieser Synode zusammengekommen, um zu versuchen, ob eine Einigung zwischen uns möglich ist und auf welcher Grundlage. Wenn das unmöglich ist, dann wollen wir weiter kein Schauspiel des Streites geben und friedlich-schiedlich unsere Wege gehen. Für die Kirche ist es jedoch besser, daß sie sich nicht zersplittet.

Synodaler Ing. Schiffer-Bialystok bietet uns Wort zur Entgegnung.

Pastor Bursche: Verweigert es. Nach der Wahl des Vorsitzenden steht es jedem frei zu sprechen und seine Meinung unbehindert zu äußern. Ich bitte um Nennung von Kandidaten.

Von der linken Seite wird die Kandidatur des Generalsuperintendenten Bursche, von der rechten, auf der sich die deutschen Synodalen gruppiert hatten, die des Pastors Machleid aufgestellt.

Pastor Nedra-Wilna: Es sind zwei Kandidaten genannt worden. Den Namen des zweiten höre ich zum erstenmal, während ich den ersten schon lange in kirchlicher Arbeit kennen zu lernen Gelegenheit hatte. (Utta: Das ist Agitation. Zuruf: Das ist unzulässig. Lärm bei den Deutschen. Pastor Nedra wird am Weiterreden gehindert).

Synodaler Machleid: Ich danke Ihnen vom ganzen Herzen für das Vertrauen, das Sie mir durch die Aufstellung meiner Kandidatur entgegengebracht haben. Ich nehme an, daß Sie es in der Ueberzeugung getan haben, daß ich die Synode unparteiisch leiten werde. Ich kann jedoch die Kandidatur nicht annehmen, da ich seit 13 Jahren nicht mehr Pastor bin und daher in allen kirchlichen Fragen nicht dermaßen unterrichtet bin, wie dies für den Vorsitzenden dieser

Synode nötig ist. Ich bin jedoch gern bereit als zweiter Vorsitzender an den Arbeiten teilzunehmen.

Synodaler Utta: Gerade der Umstand, daß Sie den innerkirchlichen Angelegenheiten in letzter Zeit fernstanden, bietet uns die beste Gewähr für Ihre Unparteilichkeit. Wir bitten Sie die Kandidatur anzunehmen.

General-Superintendent Bursche: Wir werden zuerst über meine Kandidatur abstimmen und dann über die andere.

Synodaler Utta: Wozu sollen wir zweimal abstimmen? Es ist doch zweckmäßiger über beide Kandidaturen in einer Abstimmung zu entscheiden.

Synodaler Machleid lehnt noch einmal die Kandidatur ab.

Synodaler Major Ulrich macht den Vorschlag Gen.-Sup. Bursche zum Vorsitzenden und Syn. Machleid zum Vizevorsitzenden zu wählen. (Proteste bei den Deutschen).

Syn. Spickermann schlägt Senior Kulisch-Teschen zum Vorsitzenden vor. Dieser lehnt ab.

Gen.-Sup. Bursche: Wir können nicht immer neue Kandidaten aufstellen. Wir müssen nun über meine Kandidatur, da sie die einzige ist, abstimmen.

Von der Lodzer Gruppe wird noch die Kandidatur des Herrn Superintendenten Angerstein aufgestellt. Doch Herr Pastor Bursche, der die Wahl leitet, weigert sich noch irgendwelche Kandidaturen anzunehmen, da über seine Kandidatur abgestimmt werden soll.

Pastor Glöck fordert Unterbrechung der Diskussion und Abstimmung über die Kandidatur des Generalsuperintendenten.

Syn. Utta sieht darin eine Majorisierung der deutschen Gruppe und besteht auf dem Recht eine zweite Kandidatur aufzustellen.

Gen.-Sup. Bursche: Ich unterbreche Sie. Wir schreiten zur Abstimmung. (Die Deutschen erheben dagegen Einspruch. Im Saale entsteht großer Lärm. Die Delegierten verlassen ihre Sitze und sammeln sich in der Mitte des Saales in erregt debattierenden Gruppen). Gen.-Sup. Bursche (nachdem etwas Ruhe eingetreten war): Wer ist dafür, daß wir zur Wahl schreiten?

Die Abstimmung durch Aufstehen ergibt eine Mehrheit für die sofortige Wahl. Ohne auf die Proteste von Seiten der Deutschen zu achten, beginnt der Wahlleiter, Pastor Bursche, die einzelnen Delegierten zur Abgabe ihrer Stimme über seine Kandidatur an den Tisch zu rufen. Während der Abstimmung stellt sich Pastor Glöck an die Urne, in die die Stimmzettel gelegt werden, und beobachtet die einzelnen Synodalen beim Schreiben. Synodaler Hoffmann Lodz macht ihn auf sein unkorrektes Verhalten aufmerksam, erhält jedoch die barsche Antwort: „Gehen Sie auf Ihren Platz, verstehen Sie „To nie pański interes“.“ Dennoch aber bewirkte das Auftreten des Synodalen Hoffmann, daß Pastor Glöck den Schreibenden den Rücken zukehrte.

Die Stimmzählung ergab, wie bereits gemeldet 101 Stimme für Herrn Bursche und 88 Stimmen gegen ihn. Gen. Sup. Bursche war also mit 13 Stimmen Mehrheit zum Vorsitzenden der Synode gewählt worden.

Zu Vizevorsitzenden wurden die Herren Pastoren Dietrich-Lodz und Kulisch-Teschen sowie die weltlichen Synodalen Machleid-Warschau und Hoffmann-Zgierz einstimmig gewählt. Zu Schriftführern wurden die Pastoren Bierischenk-Sompolno und Salzmann-Zgierz sowie die Herren Sender-Konstantynow und Koszyk gewählt. Nach der Wahl verliest der Synodale Richard von der deutschen Gruppe eine von 63 Synodalen unterschriebene Erklärung bezüglich der Zusammensetzung der Verfassunggebenden Synode. Die Erklärung, die von Herrn Richard in treffender Weise begründet wurde, machte auf die Versammelten einen tiefen Eindruck. (Von Wortlaut der Erklärung brachten wir bereits

im ersten telephonischen Bericht. (Anmerkung der Schriftleitung).

Synodaler Ulla—Lodz verliest nachstehenden Protest gegen die Wahl des Vorsitzenden: „Im Namen der Gemeinden und Synodalen, die die Erklärung, die Zusammensetzung der Synode betreffend, unterzeichnet haben, protestieren wir auf das entschiedenste dagegen, daß Herr General-Superintendent Bursche, als interessierte Person, die Wahlen des Vorsitzenden leitete, keine freie Aussprache, auch keine freie Aufstellung der Kandidaten zugelassen hat, sondern die Abstimmung über seine Person anordnete.“

Syn. Schiffer—Bialystok hebt hervor, daß der Wahlvorgang nicht korrekt war.

Gen.-Sup. Bursche antwortet auf die ihm gestellten Vorwürfe. Bezüglich der Zusammensetzung der Synode bemüht er sich, das Vorgehen des Konsistoriums zu rechtfertigen und verteidigt das von ihm eingebrachte Synodalgeseß Bobek.

Gen.-Sup. Bursche: Trotz allem, was in den letzten Zeit vorgefallen ist, reichen wir Ihnen die Hand, um zusammen zum Wohle der Kirche zu arbeiten. Wir lassen uns jedoch durch keinerlei Drohungen einschüchtern.

Synodaler Will: Wir haben allen Grund, über das Geschehene bittere Klagen zu führen. Aus Ehrfurcht jedoch vor den, der dort am Kreuze hängt, bieten auch wir die Hand zur Zusammenarbeit. Das Alte soll vergessen sein, wir wollen etwas Neues schaffen. Vergessen Sie es jedoch nicht, meine Herren, daß wir Vertreter der Gemeinden sind, und mißachten Sie den Willen derselben nicht. Zeigen Sie in dieser hochwichtigen Stunde die richtige Seelengröße. Auch Sie, Herr Generalsuperintendent, hätten die alten Wunden nicht aufreißen und die Vorfälle der letzten Zeit nicht vorbringen sollen.

Pastor Schäffler: Es widerspricht meinem kirchlichen Empfinden, daß die Beratungen in der Kirche stattfinden, da es, wie wir dies schon vorhin gesehen haben, zu recht scharfen Zusammenstößen kommt. Ich beantrage daher jetzt die Tagung zu unterbrechen und uns morgen um 11 Uhr vormittags in einem anderen Saale zu versammeln.

Syn. Schiffer unterstützt den Antrag des Vorredners.

Syn. Lindner spricht sich gegen eine Unterbrechung aus und fordert zu friedlichen Beratungen auf.

Syn. Spickermann: Der Generalsuperintendent hat die Gelegenheit benützt, um an die Verlesung des Wahlauftrages Betrachtungen über seine Person und Tätigkeit zu knüpfen und der Gegenseite Lüge und Verleumdung vorzuwerfen. Es ist deshalb nötig darauf hinzuweisen, daß gerade wir in offener und versteckter Weise in der gesamten polnischen Presse am meisten verleumdet wurden. Veranlaßt wurde dies durch einen offiziellen im „Zwiastun Ewangeliczny“ veröffentlichten Bericht, der die Unterschriften des Herrn Bursche, des Präses Glas und des Herrn Ewert trug und die schändlichsten Denunziationen enthielt. Auch die dem Generalsuperintendenten nahestehende „Neue Lodzer Zeitung“ hat in der niederträchtigsten Weise gegen uns gehetzt. Gen.-Sup. Bursche hat den Wahlauftrag widerlegt, indem er behauptet die Vorwürfe, die ihm dort gemacht wurden, enthalten nichts Wahres. Es genügt jedoch nicht, wenn man das behauptet, sondern man muß auch die nötigen Beweise dafür erbringen. Die Beweise aber ist uns der Generalsuperintendentenschuldig geblieben.

Gen.-Sup. Bursche: Sprechen wir nicht mehr von diesen alten Dingen. Wollen wir die Streitaxt begraben und zu positiver Arbeit schreiten.

Syn. Spickermann: Wir verlangen die Zurückziehung der gegen uns vorgebrachten Verleumdungen. Solange diese nicht erfolgt, kann an eine ruhige Verhandlung nicht gedacht werden.

Syn. Machleid: Das Unglück unserer Kirche ist, daß sich bei uns eine besondere Kaste von Priestern herausgebildet hat. Es mutet dies mittelalterlich an und widerspricht der evangelischen Auffassung. In der evangelisch-lutherischen Kirche soll jeder Priester sein, das ist der oberste Grundsatz des Evangeliums. Wir müssen die Mißstände in unserer Kirche abstellen, jedoch dürfen wir sie nicht spalten. Unsere Kirche zu spalten bedeutet, das Herz in zwei Teile zu zerschneiden. Vergessen wir nicht, in welchem wichtigem Moment wir beraten. Arbeiten wir in friedlichem Geiste an der Neuorganisation der Kirche. Laßt uns der Sache wegen, die uns allen heilig ist, die alten Dinge zurückstellen und schreiten wir zu positiver Arbeit, zur Beratung über die Gesekentwürfe.

Gen.-Sup. Bursche: Sind die Herren Synodalen mit dem Vorschlag des Vorredners einverstanden?

Syn. Schiffer: Wir verlangen die Widerrufung der Verleumdungen. Erst dann können wir ruhig weiterarbeiten.

Gen.-Sup. Bursche: Den Bericht im „Zwiastun Ewangeliczny“ kann ich nicht widerrufen. Es steht dies nicht in meiner Macht, denn es ist dies ein Beschluß der evangelischen Tagung von fünfzig Personen.

Syn. Ulla: Nicht von uns hängt es ab, wie wir heute hier handeln und welche Forderungen wir stellen. Wir haben bestimmte Aufträge von unseren Wählern. An diese Aufträge sind wir gebunden und müssen sie ausführen, denn, wenn wir nach Hause kommen, wird man von uns Rechenschaft verlangen. Die Denunziationen im „Zwiastun Ewangeliczny“ haben in allen Gemeinden eine große Empörung hervorgerufen. Wir sind mit Protesten überhäuft worden. Wir sind gezwungen auch diese so schmerzliche Wunde auf der Synode zu berühren. Wir sind jedoch bereit, die Verhandlungen darüber bis zum Schluß der Synode zurückzustellen und morgen in die Beratungen über die Gesekentwürfe einzutreten.

Gen.-Sup. Bursche stellt fest, daß alle damit einverstanden sind, den Streit vorläufig fallen zu lassen und im Laufe der nächsten zwei Tage die strittigen Punkte nicht mehr zu berühren.

Präses Glas: Wir werden zu keinem erspriechlichen Arbeiten kommen. Woran liegt es, daß wir uns so feindlich gegenüberstehen? Ich werde es Ihnen sagen, meine Herren. Sie verfolgen ein ganz besonderes Ziel. Sie wollen aus der evang.-augsburgischen Kirche hierzulande eine deutsche Kirche machen. Ich werde Ihnen diese Behauptung mit einem Satz aus dem Bericht über die Synode vom Jahre 1917 bestätigen. Er lautet: „Mit dem Deutschtum steht und fällt der evangelische Glaube im Lande.“ Ja, meine Herren, wenn Sie so denken (Proteste bei den Deutschen), dann ist ein Zusammenarbeiten unmöglich. Sie wollen aus der Kirche ein Werkzeug für nationale Zwecke machen und die polnisch-evangelische Minderheit unterdrücken (Heftige Proteste bei den Deutschen).

Syn. Major Ulrich: Die deutsche Gruppe ist nicht hierhergekommen, um über das Wohl der Kirche zu beraten (lebhaftes Beunruhigung bei den Deutschen). Ihre Stellungnahme ist nicht durch kirchliche Richtung, sondern durch eine Reihe politischer Momente bestimmt. (Proteste bei den Deutschen. Zuruf: Das ist bei Euch der Fall!) Ihr Bestreben geht dahin, die Kirche zu germanisieren und sie zum Werkzeug ihrer politischen

Ziele zu machen. Dabei geben die Deutschen vor, daß sie sich vor der Polonisierung schützen müßten. Das ist nur ein Vorwand, meine Herren (viele deutsche Synodalen erheben sich von den Sigen). Es denkt niemand daran, Sie Ihres Volkstums zu berauben, denn das polnische Volk ist tolerant (Ironisches Lachen bei den Deutschen).

Dies bringt den hitzigen Major so aus der Fassung, daß er einen immer lauterem Ton anschlägt und immer schärfere Wendungen gegen die deutsche Gruppe gebraucht. Die Mitglieder derselben erheben sich empört von den Sigen und drängen zum Ausgang. Es werden Rufe laut, wie: „So etwas können wir nicht mit anhören!“ „Das ist eine Beleidigung!“, „Provokation!“, „Verlassen wir den Saal!“ usw. Den sich zur Tür bewegenden Delegierten wird von den Anhängern des Generalsuperintendenten zugerufen: „Prosimy, proszo wyjsć!“ Gen.-Sup. Bursche ruft ihnen nach: „Niech wyjdą! Proszę!“ Ein Teil der Deutschen verläßt die Kirche. Die anderen bleiben erregt im Mittelgange stehen. Major Ulrich spricht mit noch lauterer Stimme weiter. Er wirft den Deutschen vor, daß sie nicht deshalb hinausgehen wollten, weil er einige scharfe Worte gebraucht habe, sondern daß sie überhaupt wie mit dem Hut in der Hand auf der Synode saßen und nur einen Anlaß suchten, um zu brechen. Dies sei ja auch aus ihrer Protesterklärung ersichtlich, die eine Drohung für die andere Partei bedeute.

Unter lauten Protestrufen verlassen die letzten Deutschen den Saal. In dem allgemeinen Lärm bestimmt der Vorsitzende die nächste Sitzung für 10 Uhr morgens des nächsten Tages.

2. Verhandlungstag.

Der Vormittag brachte wieder stürmische Szenen. Synodaler Ulla wollte im Namen von etwa 80 Delegierten eine Erklärung verlesen, die einen Protest gegen die beleidigenden Reden des Herrn Glas und des Majors Ulrich vom 1. Sitzungstage enthielt. Generalsuperintendent Bursche ließ die Verlesung nicht zu. Es kam zu gewaltigen Lärmereien, so daß eine Unterbrechung der Sitzung angedeutet werden mußte. Während derselben versammelten sich sämtliche Synodalen, die sich mit der Bodajer Gruppe solidarisierten, im Konfirmationssaale zu einer Sonderberatung.

Das Ergebnis der Unterbrechung war ein Nachgeben von seiten des Generalsuperintendenten. Die Protesterklärung wurde vom Präsidium aus verlesen. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Wir gewählten Vertreter der Gemeinden protestieren auf das schärfste gegen das gestrige für uns beleidigende Auftreten gewisser Mitglieder der Synode. In erster Linie müssen wir den Vorwurf zurückweisen, daß wir es waren, die die Angreifer sind und wir die völkischen Gegensätze in die Kirche hineingetragen und auf der Synode berührt haben. Wir betrachten die Synode nicht als den Ort, wo völkische Gegensätze ausgetragen werden, sondern erblicken in ihr das Mittel zur Gesundung und Reinigung unserer Kirche. In den Reden des Herrn Glas und Majors Ulrich dagegen ist diese schmerzliche Frage in taktloser und unüberlegter Weise aufgerührt worden. Diese beide Herren unterstellen uns den Gedanken, daß wir die Kirche germanisieren wollen und ihr einen rein deutschen Stempel aufzudrücken gedenken. Wir sehen darin eine Entstellung unserer reinen Ab-

sichten und Ziele, die darauf hinauslaufen eine Kirche zu schaffen, die frei von jeder Knechtung ist und jedem Volke die Möglichkeit freier Pflege des Glaubens gewährt. Wir protestieren gleichzeitig gegen das Verhalten des Vorsitzenden, der es nicht für nötig befunden hat, den Herrn Major Ullrich, der sich erlaubt hat, die Grenzen des Takttes zu überschreiten, zur Ordnung zu rufen."

Gen.-Sup. Bursche: Wir betrachten den Zwischenfall hiermit als erledigt und gehen zur Tagesordnung über, indem wir zur Beratung über die Kirchengesetze schreiten. Wir beginnen mit dem Gesetz über die Verfassung der evangelisch-augsburgischen Kirche in Polen. Es liegen zwei Entwürfe dieses Gesetzes vor: der Entwurf des Konsistoriums und der Lodzer Entwurf. Ich bitte die Herren Synodalen sich darüber zu äußern, ob wir zuerst in eine Generaldebatte über die beiden Entwürfe eintreten sollen oder aber sofort zur Lesung und Diskussion der Einzelparagraphen schreiten.

Syn. Utta: Ich halte es für richtig, zuerst in eine allgemeine Diskussion einzutreten, um den Herren Synodalen ein Gesamtbild der beiden Entwürfe zu geben. Sollten sich die Anwesenden mit diesem Vorschlag einverstanden erklären, so werde ich mir erlauben, Ihnen die Grundgedanken und wesentlichsten Punkte des Lodzer Entwurfs zu berichten.

Gen.-Sup. Bursche: Auch ich halte diesen Vorschlag für den einzig richtigen Weg und erteile somit Herrn Utta das Wort zum Bericht über den Lodzer Entwurf der Kirchenverfassung.

Syn. Utta: Meine Herren Synodalen! Als der Weltkrieg die Zwingburgen der Völker in Trümmer schlug, ging ein Sehnen nach Freiheit durch alle Lande und Völker. Auch unserem Vaterlande war es endlich nach langer Knechtschaft und Zerrissenheit vergönnt, zu freiem und selbständigen Leben zu erstehen. Die gesamte Bevölkerung atmete erleichtert auf und jubelte dem neuen Zeitalter der Freiheit und Unabhängigkeit zu. Besonderen Grund zur Freude hatten wir Lutheraner, denn auch wir hofften nun, daß unsere Kirche aus der Knechtschaft erlöst werden würde. Nicht ein jeder mag sich wohl einen rechten Begriff davon machen, in welchem Maße unsere Kirche unter der Russenherrschaft geknechtet war. Erst das eingehende Studium des alten russischen Gesetzes über die evangelisch-augsburgische Kirche vom Jahre 1849 gibt uns ein klares Bild von der untergeordneten Stellung unserer Kirche, von der völligen Abhängigkeit derselben vom Zaren. Wie verständlich war daher unser Aufjubeln, als die Stunde der Freiheit an der Uhr der Weltgeschichte geschlagen hatte. Lange hat es jedoch noch gedauert, bis das Konsistorium sich geneigt zeigte, an eine Neuorganisation der Kirche zu schreiten. Endlich wurde aber dieses Werk in Angriff genommen und der Entwurf einer neuen Kirchenverfassung vorbereitet. Leider aber wurde unsere Freude getrübt, als der Entwurf in unsere Hände kam. Er enttäuschte uns vollständig, weil er uns nicht die volle durch die Konstitution verbürgte Freiheit gab und unserer Kirche wiederum unnötige Fesseln anlegte. Wir waren gezwungen, diesem Konsistorialentwurf einen eigenen Entwurf entgegenzustellen, der die Wünsche der Gemeinden und die wahren Lebensinteressen unserer Kirche berücksichtigte. Dieser Entwurf liegt Ihnen als „Lodzer Entwurf“ hier vor. Es ist jedoch nicht nur der Willensausdruck der Lodzer Gemeinden, der in diesem Entwurf zur Geltung gelangte. Wir hatten am 15. d. M. in Lodz eine Tagung der gewählten Synodalvertreter aus über 60 Ge-

meinden und berieten mit dem vollen Ernst und der ganzen Würde, die einer so hohen Sache entspricht, über die Entwürfe der Kirchengesetze, nach dem wir uns vorher durch Gebet zum Allerhöchsten für diese unsere Arbeit gestärkt hatten. Dort wurde unser Entwurf in der Fassung, wie sie Ihnen heute vorliegt, festgelegt, und im Namen aller dieser Gemeinden haben wir diesen Entwurf zur Beratung vorgelegt.

Unsere Richtschnur bei der Abfassung dieses Entwurfs war der Gedanke, daß die Gemeinde sich möglichst viel am kirchlichen Leben beteiligen müsse. Ich erkläre hier, allen Insinuationen zum Trost, daß es uns fern liegt, der Kirche irgendeinen nationalen Stempel aufzudrücken. Wir wollen weder eine deutsche, noch eine polnische, sondern eine wahrhaft evangelische Kirche. Wir treten für eine freie Kirche ein, die von keinerlei politischen und nationalen Absichten beherrscht wird und allen ihren Gliedern die unbehinderte Pflege des Glaubens in der Sprache ihrer Väter ermöglicht. Ich wende mich jetzt zu den Gesetzentwürfen. Der Warschauer Gesetzentwurf enthält viele neue Ausdrücke, die im kirchlichen Leben bisher nicht gebräuchlich waren, wie Presbyterium (Kirchenrat), Seniorat, Senioratsversammlung, Oberkirchenrat, Bischof usw., die uns gänzlich fremd anmuten. Wir sind daher für die Beibehaltung der alten Benennungen, besonders dort, wo Fremdwörter durch andere Fremdwörter ersetzt wurden. Der Warschauer Entwurf enthält den Grundsatz, daß jedes kirchliche Organ dem nächsthöheren untergeordnet sein müsse. Es ist dies kein freier Aufbau der Kirchenverfassung. Wir können uns damit nicht einverstanden erklären und verlangen, daß jede Gemeinde ihre Angelegenheiten selbständig ordne und verwalte. Das Wahlalter ist im Warschauer Entwurf zu hoch vorgezogen; wir wollen das demokratische Prinzip überall durchgesetzt haben und haben deshalb das 21. Lebensjahr als Wahlaltersgrenze festgesetzt. Um den in der Bibel enthaltenen Grundsätzen unseres Glaubens Genüge zu tun, haben wir es für nötig erachtet, Gemeindegliedern, die in Mischehen leben und unter Kirchengesetz stehen, das Wahlbarkeitsrecht zu entziehen. Wir stützen uns dabei auf die Worte des Apostel Paulus, der da sagt, daß Männer, die in Mischehen leben, ein öffentliches Bekenntnis geben und nicht an der Spitze der Gemeinde stehen sollen. Bezüglich der theologischen Ausbildung der zukünftigen Pastoren sehen wir auf dem Standpunkt, daß nicht der Staat diese Ausbildung zu bestimmen habe, sondern daß dies eine innerkirchliche Angelegenheit sei, die der Synode und dem von ihr beauftragten Konsistorium zu überlassen sei. Wir sind daher ganz entschieden dagegen, daß Bestimmungen über die Ausbildung der Theologen in das Gesetz über das Verhältnis der Kirche zum Staate aufgenommen werden. Wir können uns nicht damit einverstanden erklären, daß der in seiner überwiegenden Mehrheit katholische Sejm und die katholischen Regierungsbehörden über die Ausbildung der Pastoren entscheiden soll. Wir erblicken darin eine Gefahr für die Reinheit unserer lutherischen Lehre und wollen uns in dieser Beziehung, entgegen dem Warschauer Entwurf, volle Unabhängigkeit bewahren.

Der Warschauer Entwurf führt eine Neuerung in der Form der sog. Gemeindevertretungen ein. Wir sehen diese Einrichtung als völlig überflüssig, ja schädlich an. Sie ist dazu da, um die Gemeindeglieder in ihrer Gesamtheit von der Kirchenarbeit auszuschalten. Dies aber ist unserer Auffassung nach grundfalsch. Man darf die Mitarbeit und das Mitbestimmungsrecht der Gemeindeglieder auf keinen Fall beschränken, da dadurch das Interesse für die kirchlichen Angelegenheiten lahmgelegt wird. Die Folge davon, daß die Gemeinde zu wenig zur Mitbestimmung herangezogen wird,

ist Unzufriedenheit, Zwiespalt und Hader. Das Schwergewicht muß auf die Gemeindeversammlung gelegt werden. Wohl bekommt man da manchmal bittere Wahrheiten zu hören, doch schadet eine solche Aussprache nie. Sie ist eher dazu angetan, Mißstände zu beheben. Eine Zurücksetzung der Gemeinde können wir also nicht zulassen.

Das gleiche gilt von dem Synodalausschuß, der gleichfalls überflüssig ist. Nach unserem Entwurf wird die Synode auf 6 Jahre gewählt und tritt nach Bedarf zusammen. Tagt sie nicht, so sind das Präsidium oder im Notfalle spezielle Kommissionen für gewisse Fragen tätig. Der Synodalausschuß ist auch deshalb nicht gutzuheißen, weil dadurch die Frage der Verantwortlichkeit unklar wird. Konsistorium und Synodalausschuß werden die Verantwortung von sich ab- und gegenseitig zuwälzen. Wir sind auch dagegen, daß der Vorsitz in den kirchlichen Körperschaften von Amts wegen dem Pastor oder Senior zugesprochen wird. Der Vorsitzende muß aus der Wahl hervorgehen.

Die Kardinalfrage aber für uns ist die Zusammensetzung der Synode. Sie ist die oberste Instanz der Kirche und muß auf der Grundlage der Gerechtigkeit aufgebaut sein. Die Zusammensetzung der Synode nach dem Warschauer Entwurf ist für uns unannehmbar. So weit es mit unseren Ueberzeugungen zu vereinbaren war, haben wir uns dem Warschauer Entwurf angepaßt. So haben wir darauf verzichtet eine zahlreichere Synode zu schaffen und sieht unser Entwurf ungefähr dieselbe Zahl von Mitgliedern vor wie der Warschauer. Wir halten aber an dem Grundsatz fest, daß die Synode aus gewählten Vertretern der Gemeinden bestehen soll. Eine Ausnahme lassen wir nur für den Präsidenten und Vizepräsidenten des Konsistoriums, sowie für einen Vertreter der evangelischen theologischen Fakultät zu. Die Direktoren der evangelischen Lehrerbildungsanstalten dürfen der Synode von Amts wegen nicht angehören; sind sie tüchtig, so wird die Gemeinde sie wählen. Die geistlichen und weltlichen Vertreter sollen nach dem gerechten Prinzip der Verhältniswahl in die Synode gewählt werden, damit jede Richtung zu Worte kommen kann. Der Warschauer Entwurf sieht für die Wahl der Hälfte der Laienvertreter ein Siebssystem vor, gegen das wir uns ganz entschieden wenden müssen. Wir verlangen, daß alle 60 Laienvertreter aus den Urwahlen hervorgehen sollen, da nur diese den wirklichen Willen der Gemeinde widerspiegeln. Die einzelnen Diözesen sollen die Wahlbezirke bilden, denen eine ihrer Seelenzahl entsprechende Anzahl der Mandate zugeteilt werden soll. Ich betone es noch einmal, daß eine gerechte Zusammensetzung der Synode eine Lebensfrage für unsere Kirche darstellt und wir an unseren Forderungen unbedingt festhalten werden.

Wir waren bemüht gewesen, bei der Abfassung unseres Entwurfs die wirklichen Interessen der Kirche zu berücksichtigen. Der Entwurf zeigt es Ihnen deutlich, daß es uns nicht um deutsch oder um polnisch geht, sondern um eine unabhängige, auf gerechten Grundsätzen aufgebaute Kirche.

Die ausgezeichnete Rede des Synodalen Utta machte auf alle Anwesenden einen tiefen Eindruck. Der Vorsitzende erklärte die Vormittagsitzung für geschlossen und beraumte eine Unterbrechung bis 4 Uhr nachmittags an. Beim Hinausgehen drängten sich viele Synodalen an Herrn Utta, um ihm ihren Dank für seine trefflichen Ausführungen auszusprechen. Auch aus dem anderen Lager wurde dem Redner große Anerkennung zuteil.

Pastor Angerstein betont die lutherische Grundlage der Kirche. Er tritt für die freikirchliche Form der Kirche ein, die er als dem Wesen derselben noch für die entsprechendste hält.

Unlutherisch sind in dem vorliegenden Entwurf manche Züge desselben, z. B. der Bischofstitel. Das ist papistischer Sauerkeig. Nur das Festhalten an Gottes Wort, wie es in den lutherischen Bekenntnissen sich widerspiegelt, kann als Grundlage dienen.

Pastor Dietrich kritisiert im Warschauer Entwurf die Fakultätsfrage. Nach § 22 des Naderschen Gesetzentwurfes hat eine nicht-lutherische Mehrheit das Entscheidungsrecht bei der Berufung der Professoren an die evangelische Fakultät, das sei unannehmbar, weil die Grundlage der Kirche als einer Bekenntnisgrundlage von der Mehrheit der Redner als die allein berechnete angesehen werden kann. — Die entsprechenden Wortlaute der beiden Entwürfe (des Warschauer und des Lodzer) werden einstimmig angenommen.

Es entspannt sich eine Debatte über die Ordnung bei der Abstimmung der Paragraphen. 2 Redner sollen für, 2 gegen sprechen.

Syn. Utta weist darauf hin, daß das Protokoll lückenhaft sei. Unter anderem verlangt er, daß die gestern abgegebenen Proteste wörtlich in das Protokoll aufgenommen, nicht aber als, Anhang beigefügt werden sollen. Zum Protokoll ergreifen noch das Wort die Herren: Schiffer, Renczlerski, Glas, Löffler, Ullrich, Spickermann. Von den meisten Rednern wird das Protokoll beanstandet. Von einigen wird darauf hingewiesen, daß es nicht angenommen werden könne, da es nur in deutscher Sprache vorliege. Darauf erklärt Gen.-Sup. Bursche, daß im innerkirchlichen Verkehr beide Sprachen gleichberechtigt seien. Man einigt sich schließlich dahin, daß die Protokolle in beiden Sprachen zusammen zur Annahme gelangen sollen.

Pastor Gloeh beantragt die Absendung von Begrüßungstelegrammen an den Staatschef und an den Sejm. Der Inhalt der Depeschen wird einstimmig angenommen. Syn. Utta: Mit dem größten Bedauern muß ich feststellen, daß gestern zum Schluß der Sitzung von zwei Herren Reden gehalten wurden, die uns auf das tiefste empört haben. Diese Reden sind von allen deutschen Synodalen als schwere Beleidigung aufgefaßt worden. (Hier wird der Redner vom Gen.-Sup. Bursche unterbrochen. Die Deutschen protestieren dagegen und verlangen, daß Synodaler Utta weiterreden soll. Auch die Gegenseite lärmte und verlangt, daß Synodaler Utta die Rednertribüne verlassen soll. Herr Utta bleibt auf seinem Platze. Der Lärm dauert an. Pastor Michelis nähert sich dem Redner und versucht, auf ihn einzureden. Herr Utta wendet ihm energisch den Rücken und ruft ihm kurz zu: „Nie rozmawiam z Panem.“ Pastor Michelis geht unter allgemeinem Gelächter beschämt ab).

Syn. Major Ullrich: Wir haben gestern den Beschluß gefaßt, gegenseitige Anfeindungen zu unterlassen. Der Beschluß ist einstimmig gefaßt worden, nun aber beginnt die Lodzer Gruppe wieder diese Dinge aufzurühren.

Syn. Utta: Der gestrige Beschluß ist nicht von uns gebrochen worden, da er vor den Reden der Herren Glas und Ullrich zustande kam. Dennoch verzichte ich des Friedens willen auf jede weitere Behandlung dieser Angelegenheit und bitte mir nur zu gestatten, eine Erklärung zu verlesen. (Die Gegenseite protestiert heftig dagegen). Major Ullrich stellt den Antrag, den gestrigen Beschluß aufrechtzuerhalten und zur Beratung über die Gesetzentwürfe zu schreiten.

Gen.-Sup. Bursche läßt die ums Wort bitten den Redner der Lodzer Gruppe nicht zu Worte kommen und ordnet eine Abstimmung über den Antrag des Major Ullrich durch Aufstehen von den Sitzen an. Die Abstimmung ergibt eine Mehrheit für für den Antrag. Es entsteht großer Lärm. Der Vorsitzende läutet unaufhörlich. Der

Lärm wird immer größer. Die Synodalen verlassen auf beiden Seiten ihre Plätze und bilden in der Mitte des Saales erregt gestikulierende und redende Gruppen. Der Lärm dauert ein, ge Minuten an. Der Vorsitzende ist nicht imstande, die Ruhe herzustellen. Syn. Machleid übernimmt den Vorsitz und beraumt eine Unterbrechung von 20 Minuten an. Die Lodzer Gruppe zieht sich mit ihren Gesinnungsgenossen zu einer Beratung nach dem Konfirmandensaal zurück, während die anderen in der Kirche bleiben.

Um 12,40 nahmen die Beratungen ihren Fortgang, nachdem die Lodzer Gruppe einige Ausdrücke in der Protesterklärung geändert und sie dem Präsidium eingereicht hatte.

Syn. Machleid: Wir müssen uns an parlamentarische Grundsätze halten. Ich unterstütze daher den Vorschlag des Herrn Spickermann, wonach sämtliche Erklärungen zuerst dem Präsidium eingereicht werden müssen. Das Präsidium muß zuerst davon Kenntnis nehmen, da es ja auch evtl. Änderungen vornehmen kann.

Syn. Spickermann: Daß die Erklärungen zuerst dem Präsidium vorgelegt werden müssen, ist parlamentarisch richtig. Der Wortlaut darf jedoch nicht geändert werden. Dem Präsidium steht aber das Recht zu, die Unterzeichneten nach Verlesung der Erklärung zur Ordnung zu rufen. Hätte das Präsidium von seinem Recht Gebrauch gemacht und gestern den Herrn Major Ullrich wegen seiner beleidigenden Rede zur Ordnung gerufen, so wäre der heutige Zwischenfall vermieden worden.

Gen.-Sup. Bursche: Ich protestiere dagegen, daß die Schuld dem Präsidium zugeschoben wird. Während der Rede des Majors Ullrich ist kein beleidigender Ausdruck gefallen.

Syn. Utta erhebt dagegen Einspruch und stellt die Frage, ob dies vom Präsidium in seiner Gesamtheit festgestellt wurde oder aber nur die Meinung des Vorsitzenden sei.

Gen.-Sup. Bursche: Diese Feststellung ist nicht vom gesamten Präsidium erfolgt. Es ist dies auch nicht nötig.

Syn. Renczlerski macht der Lodzer Gruppe den Vorwurf, daß sie eine tendenziöse Obstruktion bestrebe. (Proteste und Zwischenrufe bei den Deutschen.)

Syn. Utta: Ich fühle mich beleidigt durch diesen Ausdruck.

Gen.-Sup. Bursche: Der Ausdruck „Obstruktion“ ist nicht beleidigend. Schließen wir damit diese Debatten. Ich erteile dem Vizevorsitzenden Pastor Dietrich das Wort zur Verlesung der Erklärung der Lodzer Gruppe.

Pastor Dietrich: Die Erklärung ist von etwa 98 Synodalen unterzeichnet. Ich verlese sie zuerst in deutscher Sprache (Anm. der Schriftleitung: Den Wortlaut der Erklärung brachten wir bereits in Nr. 144 unseres Blattes). Gegen die Verlesung der Erklärung in deutscher Sprache wird von der polnischen Gruppe Einspruch erhoben.

Der Nachmittag des zweiten Verhandlungstages sowie der Vormittag des dritten brachten die Fortsetzung der Generaldebatte und die Aussprache über den Art. I der Kirchenverfassung. Vor der Abstimmung über diesen Artikel mußte die Art der Abstimmung festgesetzt werden.

Die Lodzer Gruppe forderte geheime Abstimmung, während die Gegenseite auf namentlicher Abstimmung bestand. Um diese Frage zu entscheiden, forderte der Vorsitzende die Anhänger der namentlichen Abstimmung auf, zur linken Seite hinüberzugehen, während die Anhänger der geheimen Abstimmung sich auf die rechte Seite begeben sollten.

Gen.-Sup. Bursche kam selbst in den Mitteltgang hinab und forderte die dort stehenden Synodalen in energischer Weise auf, nach links oder

rechts zu gehen. Als er Herrn Pastor Schmidt aus Pabianice an den Bänken der Lodzer Gruppe stehen sah, faßte er ihn etwas zu unfaß an die Schultern, schüttelte den ehrwürdigen Pastor und drängte ihn in die Bank hinein, wobei er in einem barschen Tone auf ihn einredete (!).

Nachdem die Gruppen geteilt waren, begann die Zählung der Stimmen, die eine Mehrheit für die namentliche Abstimmung erbrachte. Zwei Herren, die auf der Seite der Lodzer Gruppe saßen, waren bei dieser Abstimmung auf die andere Seite übergegangen. Bei der darauffolgenden Abstimmung über den Artikel selbst enthielten sich diese Herren der Stimme. Einen feltamen Eindruck machten gerade die Vertreter der Gemeinde Pabianice. Beide Pastoren sowie ein Laienvertreter stimmten für den Lodzer Entwurf, während der andere Synodale sich der Stimme enthielt. Auch ein Lodzer Synodale enthielt sich der Stimme.

3. Verhandlungstag.

Es liegt der erste § der beiden Entwürfe vor. Der Lodzer Entwurf gibt den Gemeinden die Möglichkeit, sich innerhalb von 3 Monaten gegen die Kirchenverfassung zu erklären. Dabei annektiert es nicht mit einem Federstrich die Lutheraner außerhalb Kongreß-Polens, wie das der Warschauer tut.

Für den Lodzer Entwurf sprechen Will und Utta. Dagegen Kulisch und Machleid. Die polnischen Redner sehen im Lodzer Entwurf eine große Gefahr. Die Kirche könnte zerstückelt werden. Dagegen protestieren die deutschen Redner, indem sie darauf hinweisen, daß der Lodzer Entwurf vom Grundsatz der Gemeindefreiheit ausgeht. Die Gemeinde muß ihr Selbstbestimmungsrecht behalten. Der Warschauer Entwurf wolle aber verschiedene Gemeinden vergewaltigen, z. B. die Lutheraner Posen und Westpreußens, die sich Warschau gar nicht anschließen wollen. Man soll eine Kirchenverfassung annehmen, welche die Gemeinden befriedige, dann werde man auch mit ruhigem Gewissen den Lodzer Wortlaut annehmen können. Besonders deutlich wird das vom Redner Utta—Lodz gezeigt. Während der Ansprache des letzteren ereignet sich ein

Zwischenfall.

welcher die Synode 3 Stunden in Anspruch nimmt und die innerhalb derselben herrschenden, scharfen, Gegensätze zeigt. Synodaler Utta bemerkt nämlich am Eingang seiner Rede, er habe den Eindruck, Syn. Machleid habe nicht seine tiefste Ueberzeugung aussprechen können, sondern im Auftrage geredet; Redner wird von der polnischen Seite heftig unterbrochen und am Weiterreden gehindert. Eifrige Pastoren umstellen das Rednerpult. Es entsteht ein wirres Durcheinander. Syn. Utta, der vom Gen.-Sup. Bursche einen Ordnungsruf erhält, wird am Weiterreden gehindert. Nach langen hitzigen Debatten, während welcher die polnischen Delegierten den Antrag stellen, Utta zu entfernen, kommt er zur Verlesung einer Entschuldigungsformel, die schließlich angenommen wird.

Unter allgemeiner Spannung schreitet man zur Abstimmung über den 1. Paragraphen. (Die Evangelisch-Augsburgische Kirche in Polen umfaßt alle Landeseinwohner evangelisch-lutherischen Bekenntnisses, die nicht ausdrücklich aus der Kirche ausgetreten sind.) Die polnische Hälfte der Synode mobilisiert durch eindringliche Ansprachen von Machleid alle ihre Kräfte. Die Abstimmung ist namentlich, die Schlesier stimmen geschlossen für den Warschauer Antrag. Unsere Synodalen sind geteilt; die Pastoren stimmen zum größten Teil für die Warschauer Fassung, während ihre Synodalen laut „Lodz“ sagen. Hier zeigt sich die Kluft,

welche zwischen den Gemeinden und ihren Pastoren klafft.

Fast alle Pastoren stimmen gegen ihre Gemeindevertreter.

Nur wenige Stimmen für Lodz, andere enthalten sich der Abstimmung. Mit 102 Stimmen für Warschau, 65 für Lodz, bei 18 Stimmenenthaltungen, wird die Warschauer Fassung angenommen. Die polnische Hälfte begrüßt mit Jubel den Sieg, die deutschen verhalten sich reserviert.

6 Uhr nachmittags.

Nach Eröffnung der Sitzung wurde von der Lodzer Gruppe ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, der dahin lautete, daß über Art. 35 und 36 des Lodzer Entwurfs beraten und Beschluß gefaßt werden sollte. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Nach einer Reihe von Reden gegen und für, wurde zu namentlicher Abstimmung der beiden Artikel geschritten.

Mit 106 gegen 75 Stimmen (8 Stimmenthaltungen — Wolyhnien —) wurden beide Artikel, die die Zusammensetzung der zukünftigen Synode festlegen, in der Fassung des Lodzer Entwurfs angenommen. Es bedeutet dies einen glänzenden Sieg der Lodzer Gruppe.

Die fraglichen §§ haben folgenden Wortlaut: § 35.

Die Synode ist die Vertretung der gesamten evang.-luth. Kirche in Polen und der Träger aller ihr zustehenden Rechte. Sie wählt das Konsistorium als ausführendes Organ der Synode, welches die Kirche im Auftrage der Synode auch vertritt § 36.

Die Synode besteht aus folgenden Mitgliedern: 1. Dem Präsidenten und Vizepräsidenten des Konsistoriums. 2. Aus einem Abgeordneten der evangelisch-theologischen Fakultät der Landesuniversität. 3. Aus 30 geistlichen Abgeordneten, die von sämtlichen Pastoren in geheimer schriftlicher Abstimmung nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt werden. 4. Aus 60 weltlichen Abgeordneten, weltlichen Mitgliedern, die durch Urwahlen in allen Kirchengemeinden nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt werden. Diese Wahlen werden nach Diözesen durchgeführt. Jeder Diözese steht das Recht zu, eine Anzahl von Delegierten zu wählen, die der Seelenzahl der Diözese zur Seelenzahl der Gesamtgemeinde entsprechen würde. Die Listen müssen wenigstens 30 Tage vor dem Wahltag unterschrieben von wenigstens 50 wahlberechtigten Gemeindegliedern deren Unterschriften durch die betreffenden Pfarrämter zu beglaubigen sind, dem Konsistorium eingereicht werden. Wahlberechtigt ist jedes Gemeindeglied gemäß § 11 der Verfassung. Wählbar ist jedes Gemeindeglied gemäß § 12 der Verfassung. Vorbereitung und Durchführung der Wahl ist Sache des Konsistoriums. Alle diese Mandate gelten auf 6 Jahre. Scheidet ein Mitglied aus, so tritt der Ersatzmann ein.

4. Verhandlungstag.

Mit Bibelwort und Gebet, gesprochen durch Pastor Schmidt-Pabianice, wurde die Sitzung eröffnet. Nach Verlesung des Protokolls über die gestrige Sitzung, wurde zur Aussprache darüber geschritten. Die polnischen Pastoren versuchten, den gestrigen Beschluß bezüglich Annahme der §§ 35 und 36 des Lodzer Entwurfs umzustossen. (Das ist bezeichnend!) Besonders zeichneten sich in diesem Bestreben die Pastoren Gloeh und Michalis aus. Die Aussprache hierüber, die einen sehr scharfen Verlauf nahm, dauerte über zwei Stunden. Weil keine Einigung erzielt werden konnte, schlug Generalsuperintendent Bursche vor, die

Synode zu vertagen

und zwar bis zum Herbst.

Nach der Mittagspause wurde die Sitzung um 5 Uhr durch den Vorsitzenden eröffnet. Pastor Michalis brachte einen Dringlichkeitsantrag ein, der folgende drei Fragen beantwortet wissen wollte:

1. Soll weiter über die Frage der Fakultät debattiert werden?

2. Soll eine Kommission gewählt werden, die die beiden Entwürfe zu einem verschmelzen soll?

3. Soll die Synode bis zum Herbst vertagt werden?

Pastor Michalis begründete seinen Antrag. Er war für die Unterbrechung der Tagung der Synode, da die Kommission in der Zwischenzeit arbeiten könnte.

Syn. Spickermann widerlegte den Vordredner. Die Synode könne im Herbst der Landarbeiten wegen nicht stattfinden, da dann die Landwirte nicht nach Warschau kommen würden. Er schlägt vor, nach einer ganz kurzen Unterbrechung wieder zusammenzukommen. Redner warnt die Polen, etwas zu tun, was der Sache ein anderes Bild geben könnte. Dann würde der Riß eintreten, den wir fürchten.

Pastor Neebura-Wilna mahnt zur Einigkeit und unterstützt den Antrag Spickermann, ist aber gleichzeitig für die Einsetzung einer Kommission, die in der kurzen Zwischenzeit arbeiten soll.

Syn. Ulla-Lodz verlangt Abstimmung darüber.

Syn. Major Ulbrich-Warschau tritt für den Antrag Michalis ein.

Pastor Michalis bittet, die Deutschen nachzugeben und warnt vor den Folgen, die die Nichtvertagung haben kann.

Zum Wort sind noch 12 Redner vorgemeldet. Sie kamen jedoch nicht zu Wort, da vom Vorsitzenden Bursche eine Pause anberaumt worden war. Während der Pause bildeten sich Gruppen, die das für und Wider der Vertagung erörterten.

Nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen stellte die deutsche Gruppe den Antrag; die Synode bis zum 4. Juli zu vertagen.

Gen.-Sup.-Bursche richtete daraufhin die Frage an die Versammlung, wer am 4. Juli nach Warschau kommen könne. Er selbst müsse (?) leider in Urlaub gehen.

Es erhoben sich die Synodalen der deutschen Gruppe sowie einige Pastoren zum Zeichen ihrer Bereitschaft, am bezeichneten Tage zu erscheinen.

Anfänglich der Mehrheit für die Wiederaufnahme der Synode am 4. Juli erklärte Herr Bursche:

Ja, dann meine Herren, müssen Sie die Sache ohne mich machen!

Die Synode ist in der letzten Sitzung bis zum 15. August d. J. vertagt worden.

Aus Welt und Heimat.

Der Ferienkursus in Bromberg. Die Liste der Teilnehmer wird am 25. Juni abgeschlossen. Nach diesem Zeitpunkt werden Anmeldungen nur noch entgegengenommen bei Herrn P. Dobbermann, Bydgoszcz, Plac Wolności Nr. 1 III. Näheres über Aufnahme, Zeit der Eröffnung des Kursus u. a. wird jedem einzelnen Teilnehmer rechtzeitig mitgeteilt werden.

Abzeichen für Amtsvorsteher und Dorfschulzen. Das polnische Ministerium des Inneren hat für alle Amtsvorsteher und Gemeindevorsteher derselben Wojewodschaften, auf deren Gebiet sich Sammelgemeinden befinden oder wo Sammelgemeinden gesetzlich eingeführt werden, Dienstabzeichen eingeführt. Das Dienstabzeichen für Amtsvorsteher besteht aus einem ovalförmigen polierten Schild aus Messing, das an einer Messingkette hängt, die aus rechteckigen Scheiben besteht, die wiederum

durch runde Metallglieder miteinander verbunden sind. Auf dem Schild ist mit erhabenen Buchstaben die Amtsbezeichnung und der Name des Amtsbereichs sichtbar. In der Mitte befindet sich auf ornamentelem Grunde das Staatswappen. Das Abzeichen für Gemeindevorsteher ist ein rundes poliertes Abzeichen aus Messing, auf dem die Amtsbezeichnung in erhabenen Buchstaben sichtbar ist. In der Mitte befindet sich gleichfalls das Staatswappen. Das Abzeichen wird mit einer Schnalle an der linken Brustseite befestigt. Die Abzeichen sind während der Sitzung der Sitzungen und Versammlungen zu tragen, in denen der Amtsvorsteher bzw. der Gemeindevorsteher im amtlichen Charakter auftritt, ferner bei Ausübung von Repräsentationsfunktionen.

Belchatow. Blutige Hochzeit. Am Sonntag den 10. Juni d. J. heiratete hier der preislich wohlhabende, wohlhabende Gottlieb Lunge ein junges Mädchen, das schon jahrelang seiner verstorbenen Frau treu gedient hatte und von welcher er wußte, daß sie ihn den Kinderlosen Greis, treu pflegen und versorgen werde. Auf die Trauung folgte, den Verhältnissen entsprechend, eine kleine Feier im engeren Kreise. Es waren nur anwesend die beiden Trauzeugen, der Bandwirt Rudolf Adamczewski (ein Pflege Sohn des Lunge) mit seiner Frau und der zweite Zeuge, der Bandwirt Johann Jänisch mit 2 erwachsenen Töchtern. Während des Effers erlitten der hiesige Polizist Pawel Marzewski „um Glück zu wünschen.“ Freundlich wurde er an den Tisch gebeten. Nachdem er sich an Speise und Trank reichlich gelabt hatte, ergriff er in Gegenwart der Gäste die junge Frau, warf sie auf ein Bett und suchte sie zu vergewaltigen. Johann Jänisch kam der Bedrängten zu Hilfe und rief den Polizisten an, worauf er von diesem einige gewichtige Ohrfeigen erhielt. Da diese nicht unerwidert blieben, packte den Marzewski stürmisch auf Jänisch ein, um Hilfe zu holen. Unterdessen bewaffnete sich der Räuber mit einem arabischen Leinwandholschiffel und begann blindlings auf die Versammelten einzuhauer. Der 75-jährige Lunge erhielt eine klaffende Kopfwunde, die vom Arzt genäht werden mußte. Seine junge Frau, wie auch das Ehepaar Adamczewski bluteten gleichfalls aus leichten Kopfwunden. Nicht genug damit, hat der Wüterich eine Bettstelle vollständig zertrümmert, 2 weitere aus allen Fugen getrachtet und sämtliche Stühle im Zimmer zerflogen und zerbrochen. Deswegen auch ein Fenster samt Rahmen.

Die Polizei erschien erst, nachdem auch noch Jänisch's Sohn sie holen gegangen waren und händigte schließlich den Wüterich.

Der erste Flieger aus Berlin ist am 1. Mai abends in Moskau eingetroffen und vom Volke feierlich begrüßt worden. Er brachte dann diplomatische Post und einige Moskauer Zeitungen vom 3. Mai zurück.

Die berühmte Kapelle der Iberischen Mutter Gottes, Moskaus größtes Heiligtum, ist einige Tage vor der Enteignung durch den Staat, von einer Diebesbande vollkommen ausgeplündert worden. Besonders gelitten hat das wundertätige Heiligenbild, das mit großen Brillanten und Perlen geschmückt war. Der Wert der gestohlenen Kostbarkeiten beläuft sich auf über 8 Millionen Goldrubel.

Schließung von Hochschulen in Rußland. Eine größere Anzahl höherer Schulen in Rußland wurde in diesem Frühjahr geschlossen, um den Staatshaushalt zu entlasten. Zum Teil wurden sie mit anderen Schulen zusammengelegt, um die Schüler und Lehrenden besser mit Büchern und sonstigen Lehrmitteln versorgen zu können.

Die Versammlung der Militärschulen in Petrograd sandte Tschitscherin nach Genua ein Telegramm, in welchem u. a. gesagt wird: Wir ver-

achern Sie, daß die Rote Armee noch existiert und bereit ist, auf einen Schlag mit einem Gegen-schlag zu antworten.

Aus der Taschitschanak (Süd-Rußland) erhielt die „Deutsche Post a. d. Osten“ folgenden Brief vom 16. 4. 22.

Unsere augenblickliche Lage, wie sie verzweifelter nicht mehr sein kann, ist nur insofern vielleicht leichter geworden, daß dieser schwere Winter zurückgelegt ist und der Frühling mit heimlichen Wünschen und Hoffnungen vor der Tür steht. Gefät wird im Durchschnitt ungefähr $1\frac{1}{2}$ Dessiatin auf eine Wirtschaft, daran arbeiten 10 und noch mehr Pferde einen ganzen Tag. Wenn 2—3 mal um ein Feldstück gepflügt ist, müssen die Tiere gefüttert werden. Während der Arbeit bricht ein Pferd um das andere zusammen, manche werden mit Hilfe einiger Männer wieder auf die Beine gebracht und, nachdem sie sich erholt haben, weiter gequält. Andere krepieren auf der Stelle und werden von den Hungernenden, oftmals mit Jank, genommen und verzehrt mit Sell und allem, was drum und dran ist. Verschiedenes ekelhafte Zeug wird zusammengeessen. Für eine Kake zahlt man hunderttausend Rubel (zum Essen). Einen Teil Samen für jeden, der Pferde besitzt, hat die Regierung gegeben, und zwar mit doppelter Rückgabe. Aber Pferde besitzen nur wenige; 5—7 Wirte arbeiten zusammen. Ja, es ist dieses Wenige eine Saat mit Tränen. Wenn es nach dem Bibelwort: Die mit Tränen säen, werden mit Freuden ernten, auskommt, dann sind wir berechtigt, das Beste zu hoffen. Eben sprach ich mit einigen Frauen, denen schon Gesicht, Süße und der ganze Körper vom Hunger angeschwollen sind, die trugen ihre Trauringe fort; die eine bekam für 2 Ringe 15 Pf. Gerste, die andere 20 Pf. Nenne so etwas wie Du willst, aber nenne es nicht Leben! Wie oft möchte man sein Elend in die endlose Steppe hinausstreuen mit all der Qual, die das beleidigte Leben bedrückt; nicht aus Furcht vor dem Leben, sondern aus Verzweiflung, daß man ihm gegenüber nicht mehr die vollen Kräfte findet. Die Pferdetooren haben bei uns fast gänzlich aufgehört, und somit wird jetzt meist alles zu Fuß abgemacht in die Stadt (Melitopol), nach der Molotschna und noch weiter. Aber noch nie habe ich das große Schweigen der Natur und die seltsame Ruhe so voll Grauen und Entsetzen empfunden wie jetzt, wenn ich durch die endlose Steppe der Heimat schreite! Durch dieses namenlose Grab, das sie nun geworden; und die, welche sie birgt, haben entsetzliche Qualen des Hungers gelitten, sie haben Hilfe gesucht bis ihnen das Auge brach! Bei uns bringt man bis jetzt die Leichen von der Steppe nach Hause und übergibt sie der Erde, aber in der Molotschna liegen die Leichen der Verhungerten auf dem Felde herum von Dorf zu Dorf, von den Hunden und Raben angegriffen. In Friedrichsfeld waren vor einem Monat schon 193 (von 600—700) an Hunger gestorben und viel sind nahe daran; es werden nur recht wenige davon kommen. Es wird dort eine Grube gemacht, in die 10 und noch mehr Menschen in die stille braune Erde gelegt werden.

Eine Schlacht mit Wölfen ist kürzlich in dem rumänischen Dorfe Pietroen ausgefochten worden. Die Wölfe waren in das Dorf eingebracht und hatten fünf Kinder getötet. Darauf bewaffneten sich die Männer mit Heugabeln und Aexten und versuchten die Wölfe zurückzutreiben. Es gelang ihnen auch schließlich, aber unter schweren Verlusten. Die Wölfe brachten es fertig, noch sechs Bauern zu töten und achtunddreißig durch Bisse sehr ernstlich zu verwunden. Von den Wölfen blieb nur einer tot auf dem Schlachtfelde liegen.

Der älteste Baum der Welt. Der älteste bekannte Baum der Welt scheint eine Zypresse zu sein, die mit ihren riesigen Schatten den Friedhof

von Santa Maria del Tule, einem kleinen Dorfe nicht weit von Oaxaca in Mexiko bedeckt. Sie hat einen Umfang von nicht weniger als 38 Meter. Humboldt, der diesen Baumriesen im Jahre 1803 sah, schätzte sein Alter auf 5000 bis 6000 Jahre; zu ähnlichen Schlüssen sind auch moderne Gelehrte auf Grund streng wissenschaftlicher Beobachtungen gekommen. Damals schnitt der berühmte Naturforscher in den Baum eine kurze Inschrift ein, die heute, nach fast 120 Jahren, noch deutlich zu lesen ist, obgleich ringsherum die Rinde gänzlich vernarrt.

In der Reichsgewehrfabrik in Warschau fand die feierliche Einweihung der ersten durch diese Fabrik gefertigten Gewehre statt. An der Feierlichkeit nahm der Kriegsminister und höhere Offiziere teil.

Warum er wieder verrückt wurde. Ein Oesterreicher, der jetzt plötzlich geistig erkrankt war und den Krieg und die Revolution in einer Irrenanstalt bei Wien verbracht hat, ist vor einiger Zeit als geheilt entlassen worden. In der Freude über seine Freiheit tat er, was die meisten Oesterreicher da getan hätten. Er mietete eine Droschke und ließ sich in den schönen Prater fahren. Dort angelangt, stieg er aus und fragte nach dem Fahrpreis. „18.000 Kronen“ forderte der Kutscher. Der geheilte wurde blaß. „Lieber Mann“, sagte er zitternd, „das ist schrecklich, das habe ich nicht vorausgesehen, und ich habe jetzt nur ein Zwanzig-Kronen-Stück bei mir“. Der Kutscher sah das Goldstück und antwortete froh: „Was wollen's denn? Da kriegen's noch 18.000 Kronen retour.“ Den Geheilten fiel der Unterkiefer herab. „Bitte“, sagte er leise, „fahren sie mich für die 18.000 Kronen wieder in die Anstalt zurück.“

Der Saatenstand, vornehmlich des Roggens und des Weizens, steht in diesem Jahre bedeutend dem des Vorjahres nach. Das Sommergetreide leidet besonders unter dem Regenmangel. Hart betroffen sind die östlichen Gebiete der Republik Polen. Im Posenischen stehen die Saaten im Vergleich zu der Vorkriegszeit ziemlich schlecht, was man dem Mangel an künstlichen Düngemitteln sowie der allgemeinen starken Bodenausnutzung während des Weltkrieges zuschreibt. Für das ganze Gebiet des Freistaates Polen nimmt man jedoch an, daß die Menge des in diesem Jahre geernteten Getreides hinter der des vorigen nicht zurückstehen wird, hat man doch gegenwärtig große Strecken Oedlands, die infolge des Krieges in Kongresspolen, Klempolen, Wolhynien und Weißrußland entstanden sind, unter Kultur genommen. Die Kartoffeln sind allgemein gut aufgegangen. Bis jetzt läßt sich noch nichts Bestimmtes über die Kartoffelernte sagen.

An Gänsen wird Polen in diesem Herbst einen großen Ueberfluß haben. Man rechnet auf eine Ausfuhr nach dem Auslande von mindestens $1\frac{1}{2}$ Millionen Stück. Die Ausfuhr beginnt gewöhnlich Ende August und geschieht im lebenden Zustande, weil Polen keine Eisenbahnwagen mit Kühlanlagen besitzt.

Ein Kulturamt des Verbandes der Deutschen in Großrumänien ist in Hermannstadt errichtet worden. Die Tätigkeit des Kulturamts soll sich auf alle Gebiete der völkischen Kulturarbeit erstrecken. Es hat eine verlässliche Auskunftsstelle über alle Lebensbeziehungen der Deutschen in Großrumänien, vermittelt kulturelle Beziehungen mit Deutschland und gibt Auskunft über alles von Deutschland Wissenswertes.

Der Fleischüberfluß in Australien hat dort zu einer wirtschaftlichen Krisis geführt. Besonders in Queensland, das die viehreichste Gegend Australiens ist, befindet sich die Fleischindustrie in den größten Schwierigkeiten. Die Preise für Ausfuhrfleisch sind so niedrig, daß sie die Produktionskosten der Fleischindustrie nicht erreichen. Es ergibt

sich also der seltsame und gewiß sehr unerfreuliche Zustand, daß die australischen Viehzüchter ihr Fleisch nicht los werden können, während in Europa Millionen Hungers sterben. Die australische Regierung hat sich der Krisis angenommen, und es finden augenblicklich Verhandlungen statt, um der australischen Fleischindustrie ein Absatzgebiet im Auslande zu sichern. Es wird zunächst eine Lohnherabsetzung in der Fleischindustrie angestrebt, um die Herstellung der Ausfuhrwaren zu verbilligen. Außerdem sollen Vertreter der Industrie mit Staatsunterstützung ins Ausland geschickt werden, um eine große Propaganda für das Australische Ausfuhrfleisch zu eröffnen. Auch sollen die Frachgebühren für das Fleisch herabgesetzt werden. Die australische Fleischausfuhr leidet hauptsächlich unter dem amerikanischen Wettbewerb.

Die Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten von Amerika. Nach neueren Berichten aus den Vereinigten Staaten von Amerika hat die allmähliche Besserung der dortigen Wirtschaftslage angehalten. Im einzelnen ist folgendes zu bemerken: In der amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie ist ein nicht unwesentlicher Aufschwung zu verzeichnen. Verschiedene Pittsburger Walzwerke sollen bereits mit 80 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt sein. Die Kupferproduktion belebt sich langsam. Auch die Automobilindustrie scheint sich zu erholen. Die Bautätigkeit hat zugenommen. In der Landwirtschaft wird mit einer weiteren Steigerung der Preise gerechnet. Im Kohlenbergbau haben rund eine halbe Million organisierte und etwa hunderttausend nichtorganisierte Bergleute die Arbeit am 1. April niedergelegt. Bisher soll eine merkliche Wirkung auf die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse durch den Streik nicht hervorgerufen worden sein. Mit einer nicht unbedeutenden Belebung der geschäftlichen Lage während des Sommers und Herbstes soll seitens der amerikanischen Regierung gerechnet werden.

Auf der Warschauer Getreidebörse stehen die Preise nach wie vor fest; so zahlte man am 23. Juni für einen metrischen Zentner (244 Pf.) Roggen — 16,800, Gerste (mit Zustellung nach Danzig) — 15,500, Hafer — 16,800, blaue Lupinen — 7,800.

Die ausländischen Geldwährungen machten wiederum eine merkliche Steigerung durch, was unbedingt mit dem schwankenden Zustand unserer inneren Politik (Ministerkrisis) zusammenhängt; so zahlte man am:

	19. 6.	21. 6.	23. 6.
Dollar	4365 Mk.	4365 Mk.	4415 Mk.
Pf. Sterling	19425 „	19350 „	19525 „
franz. Frank	383 „	379 „	385 „
deutsche Mark	13 „	13 $\frac{1}{2}$ „	13 $\frac{1}{2}$ „

Die Millionwka. Bei der Ziehung am Sonnabend, den 24. Juni, fiel der Gewinn auf Nr. 4775295. Folgende Nummern, auf die der Gewinn fiel, wurden seitens der Eigentümer noch nicht ausgelöst. Nr.: 1) 0188747, 2) 0470094, 3) 1054599, 4) 1787047, 5) 2154313, 6) 2486758.

Wochenschau.

Inland. Die Verfassunggebende Synode unserer evangelischen Kirche hat zu keinem positiven Ergebnis geführt. Nach mehreren Tagen stürmischer Auseinandersetzungen einigten sich beide Seiten zu dem Beschluß, die Synode bis zum 15. August zu vertagen. Während der Beratungen kamen die Gegensätze beider Parteien recht scharf zum Ausdruck, und es kann nicht behauptet werden, daß die Burgenpartei sich besondere Mühe gegeben hätte, den auf der Pastorenkonferenz angekündigten Friedenswillen auch in die Tat umzusetzen. In Anbetracht solcher Sachlage muß wirklich bezweifelt werden, ob die Vertagung der Synode zur Abwendung der

Gefahr einer Spaltung innerhalb unserer evangelischen Kirche wird beitragen können.

Die Ministerkrise ist nun doch gelöst. Przanowski, der mit der Bildung des Kabinetts vom Sejm betraut worden war, hat nach Verhandlungen mit den einzelnen Sejmgruppen nicht die Überzeugung gewinnen können, daß er das Vertrauen einer überwiegenden Mehrheit besitze, weshalb er sich gezwungen sah, die Uebernahme der Kabinettsbildung abzulehnen. Darauf hat der Staatschef Pilsudski den Vizepräsidenten der Stadt Warschau Sliwinski zur Aufstellung einer Ministerliste berufen.

Die zu überwindenden Schwierigkeiten sind ungemein groß, handelt es sich diesmal doch nicht lediglich um einzelne Personen bei der Zusammensetzung des Ministeriums, sondern zwei völlig entgegengesetzte Geistesrichtungen stehen hier einander in erbittertem Kampfe um die Vorherrschaft gegenüber: einerseits die Erzkatholischen mit Pater Lutslawski an der Spitze, andererseits die von mehr menschlichen und demokratischen Grundsätzen geleitete Linke, die sich um die verehrungswürdige Person des Staatschefs schart. Es ist selbstverständlich, daß auf Seiten dieser letzteren Geistesrichtung auch die Vertreter der Minderheiten zu suchen sind. Auf beiden Seiten ist man sich dessen bewußt, daß der Ausgang des Kampfes für einen unbestimmten Zeitpunkt über den Charakter der künftigen Regierung entscheiden wird, weshalb sowohl auf der einen als auch auf der anderen Seite alle verfügbaren Kräfte eingesetzt werden, um aus dem Kampfe als Sieger hervorzugehen. In Verfolgung dieses Zieles hat es die schwarze Reaktion erreicht, daß im Sejm mit einer sehr schwachen Mehrheit ein Beschluß durchgedrückt wurde, wonach die Bildung des Kabinetts in die Hände eines sogenannten Hauptauschusses gelegt wird, der sich aus Delegierten aller Sejmabgeordneten zusammensetzen soll. Dieser Hauptauschuss ist im kleinen das, was im größeren Maßstabe der künftige Sejm nach der famosen Wahlordnungsvorlage sein wird: eine rücksichtslose Vergewaltigung aller vernünftigen Elemente durch die fanatische Jesuitenclique Lutslawskis. Przanowski war bereits ein von diesem Hauptauschuss vorgeschlagener Kandidat, und seine Ablehnung hat es unzweifelhaft bewiesen, daß die Ministerkrise auf solche Weise nicht gelöst werden kann. Das beginnt man nun auch einzusehen, und es ist Hoffnung vorhanden, daß Herr Sliwinski andere Wege als seine Vorgänger zu gehen gezwungen sein wird.

In der Angelegenheit der neuen Wahlordnungsvorlage ist es zwischen der Linken und einigen anderen größeren Sejmgruppen zu einem Kompromiß gekommen. Die grundsätzlichen Fehler der neuen Vorlage sind leider nicht verbessert worden, es handelt sich hier lediglich um kleine Abänderungen zugunsten der Linken (Sozialisten vor allen anderen) während die Minderheiten noch schlechter dabei abschneiden werden. Die Linke, die bisher gegen die neue Wahlordnungsvorlage aufgetreten war, fällt somit für uns als Bundesgenosse im Kampf gegen die Vergewaltigung unserer Rechte bei der Sejmwahl fort, so daß wir nun in der Bekämpfung der Wahlordnungsvorlage auf unsere eigenen Kräfte angewiesen sind, insofern wir nicht mit den Juden und Ruthenen in geschlossener Reihe an die Wahlurnen treten werden. (Eine allgemeine „Minderheitenliste“!)

Holland. Die Vorarbeiten zu der Haager Konferenz sind beendet, und die Vertreter der an der Konferenz teilnehmenden Staaten bereits ernannt. Von Seiten der französischen Regierung wurden Alphand und de Pradelle zu sachverständigen Delegierten ernannt; der Führer der russischen Delegation ist diesmal Litwinow. Wie verlautet, wird die Srowjetregierung im Haag von ihrer in Genua eingenommenen Stellung nicht abweichen.

England. Am 22. Juni wurde der Feldmarschall Sir Henry Wilson — einer der hervorragenden Militärs in England — auf seinem Landstich bei London von zwei Männern erschossen. Die Täter — zwei junge Irländer — wurden festgenommen. Seit einigen Wochen hielt sich Wilson in Ulster auf, wohin er von der dortigen Regierung berufen worden war, um die Ruhe wieder herzustellen. Er hatte sich dabei den Haß der irischen Republikaner zugezogen. Es wird angenommen, daß man es mit einem Racheakt fanatischer Irländer zu tun habe.

Rugland. Wie schrecklich gegenwärtig die Hungersnot in den Mittelgouvernements Srowjetrußlands ist, schildert uns ein Moskauer Brief, demzufolge die Hungernden sogar vor der Verzehrung von Leichen nicht zurückschrecken. Eigene Kinder werden geschlachtet und verzehrt, um die Hungerqualen einigermaßen zu stillen. Selbstmorde sind an der Tagesordnung — Wie gut auch die Ernte sonst ausfallen sollte, die eingesäten Flächen sind so gering, daß vom Sattwerden keine Rede sein kann. Zu der Hungersnot und der in Südrugland neuerdings ausgebrochenen Heuschreckenplage gesellen sich Seuchen.

Kurze telegraphische Meldungen.

In Hamburg sind beim Stapellauf des brasilianischen Dampfers gegen 100 Personen verunglückt.

Der im Weltkrieg so oft genannte ehemalige rumänische Ministerpräsident Take Jonescu ist an Lungenentzündung gestorben.

Dr. Rathenau, der deutsche Minister des Äußeren ist einem ruhmlosen Mordanschlag zum Opfer gefallen. Unbekannte Täter warfen auf das Auto des Ministers eine Bombe und feuerten mehrere Schüsse ab. Eine Kugel traf Rathenau in den Mund und führte seinen sofortigen Tod herbei.

Gesucht per sofort oder später von einer Fabrik

jungerer Lehrkraft

zur Weiterbildung von Knaben

im Alter von 14—18 Jahren. — Gehalt 75000—100.000 Mk. monatlich bei freier W. B. u. B. Gefl. Bewerbungsschreiben erbeten an die Geschäftsstelle ds. Bl. unter Chiffre „27“ 27

Spargelder

verzinsen wir
bei täglicher Kündigung mit 6%
6-wöchentl. „ 10%
1/2-jährl. „ 12%
27

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen
Lodz, Aljeje Kosciuszki 45/47. 8:3

Landwirtschaftliche Maschinen

halten wir vorrätig:

Dreschmaschinen, Sämaschinen, Rogwerke, Kultivatoren, Saateggen, Pflüge, Puhmühlen, aut. Pferderechen, Kartoffeldämpfer, Rübenschneider, Milchzentrifugen, Kartoffelhackmaschinen, Sensen, Jaucheverteiler usw.

Manufaktur-Waren

Sämtliche Weißwaren, Baumwollwaren und Wollwaren.

Preise billig — Waren gut

Deutsche Genossenschaftsbank in Polen
Aktiengesellschaft
Lodz, Aljeje Kosciuszki 45/47. 23

Spenden.

Für die notleidenden Wolga-Deutschen gingen folgende Spenden ein, gesammelt in der Schule zu Böggmöz: J. Mälder 500 Mk., A. Mälder 250, E. Mälder 250, M. Jübner 200, M. Janke 200, N. Janke 200, O. Mantel 500, A. Grunwald 300, Z. Krüger 500, J. Janke 100, E. Werner 130, O. Luks 11, A. Janke 100, H. Krampp 100, A. Krampp 100, O. Tymm 100, M. Maltzahn 100, Z. Maltzahn 100, E. Rahn 130, B. Maltzahn 100, H. Maltzahn 100, E. Maltzahn 100, A. Rahn 100, E. Jobs 20, Lehrer Rahlf 1000, M. Hammermeister 100, E. Hammermeister 100, O. Hoffmann 100, S. Kressmann 100, A. Hammermeister 100, S. Hinz 100, A. Selb 100, A. Merajha 500, H. Rossol 500, M. Rossol 300, A. Rossol 200. Durch Herrn K. Kontschak, der Schulgemeinde Lesnik, Kr. Turek Mark 8120. — K. Kontschak 1000, A. Adam 1000, Landwirt E. K. aus Koski spendete Mk. 5000, Lehrer A. K. Kozy Mk. 3000 und Landwirt E. Banek, Maling, Mk. 2000. Aus Borowo: Robert Winkowski 1000, Johan Lach 1000, August Hennig 500, Julianna Lach 100, Adolf Sauer 100, Alexander Nehring 500. Aus Rozek: Julius Pepke vom Rozek 500. Aus Drażno: Adolf Schön 1000, Adolf Köpke 1000, Emil Köpke 500, Emil Hein 1000, Gottlieb Zibart 1000, Robert Schniger 1000, Henriette Salzenberg 100, Adolf Hennig 200. Aus Rostoka: Berthold Arnholz 1000, Herman Arend 1000, Reinhold Arnholz 1000, Gustav Hennig 1000, Karl Busse 1000, Robert Arnholz 100.

Für den Volksfreund spendete Herr Palmou aus Kondzajec 300 Mk., A. Witt, Kruszenica, 100 Mk.

An unsere geschätzten Leser.

Von Tag zu Tag steigen die Preise für die unumgänglichsten Lebensmittel, ihnen folgen die Ausgaben für Kleidung und andere Artikel des täglichen Gebrauchs. Die Arbeitslöhne bleiben selbstverständlich nicht nach. Auch wollen wir den Lesern ständig mit 8 Seiten in jeder Nr. dienen. So sehen wir uns genötigt, wenn auch schweren Herzens, den Bezugspreis für das 3. Vierteljahr wiederum zu erhöhen. Ab 1. Juli soll der „Volksfreund“ 450 Mk. vierteljährlich kosten. In der festen Hoffnung, daß unsere Leser diese durch die Zeitumstände verursachte Verteuerung willig auf sich nehmen und die alte Treue uns weiterhin halten werden, zeichnen

hochachtungsvoll

Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“

Druck: Verlagsgesellschaft „Lodzer Freie Presse“

m. b. H., Petrikauer Straße 86.

Leiter: Dr. E. von Behrens.

Dachpappen

Teer, Klebemasse, Antisepticum, Zinner, Asphalt, Dachleisten, Pappnägel, Gartenkies liefert die 25

Dachpappen- und Asphaltfabrik

Linke, Ewald & Co., Lodz, Wysoka Nr. 9.

Die Billigsten

in Lodz sind

Schmehel & Rosner,

Petrikauer Straße Nr. 100, Sillale Nr. 160., weil sie rechtzeitig noch vor der Preissteigerung eingekauft haben

Es sind am Lager in großer Auswahl:

Damen Kleider, neueste Damen-Mäntel, Kostüme, Röcke, Kleidstoffe in Garbardin, Cheviot, Boston und Flora. Ferner: Herren- und Damen-Wäsche aus Madapolam sowie feine Damen-Wäsche aus Batist, Etamin; Strümpfe, Weißwaren auf Meter, Bettzeuge, Kretons, Handtücher, Tischdecken, Laken etc.